

der Südasiatischen Assoziation für Regionale Kooperation (SAARC) im April 2010 in Bhutan einigten sich die Regierungschefs der acht Mitgliedstaaten Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Nepal, Malediven, Pakistan und Sri Lanka auf eine gemeinsame „Thimphu-Erklärung zum Klimawandel“. Darin zeigen die SAARC-Mitgliedstaaten Einsicht, dass die genannten klimatischen Herausforderungen keinesfalls national, sondern zumindest regional anzugehen sind. Zudem müsse Südasiens auf globaler Ebene möglichst mit einer Stimme sprechen, um die dramatischen Folgen des Klimawandels in der Region deutlich machen zu können. Die Initiative Nepals, eine Ministerialkonferenz aller Himalaja-Staaten der Region einzuberufen, um gemeinsame Schritte zu beraten, ist ein erster Schritt zu mehr Miteinander im Kampf gegen die bevorstehenden Umwälzungen. Die Absichtserklärung, Südasiens solle langfristig Weltmarktführer im Bereich alternativer und Erneuerbarer Energien werden, wird dem gegenüber zunächst kaum ohne externe Unterstützung umsetzbar sein. Hier sind wiederum Deutschland und Europa gefragt, um bestehendes Know-how einzubringen und Erfahrungen im Umgang mit gemeinsamen Herausforderungen zu teilen.

So unterschiedlich die Auswirkungen des Klimawandels in der Region auch sind, klar ist, dass alle Akteure hart von den bevorstehenden Veränderungen

getroffen werden und dass alle Folgen interdependent sind, vom Abschmelzen der Gletscher bis hin zum Ansteigen des Meeresspiegels. Südasiens ist einerseits eine Region, die immer noch geprägt ist von grundlegenden Entwicklungsproblemen – fünf der acht SAARC-Mitglieder gehören zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder weltweit. Mit Indien und China sind aber auch zwei der derzeit am stärksten wachsenden Wirtschaftsmächte der Welt entweder selbst Teil Südasiens oder unmittelbarer Nachbar dieser mit am stärksten vom Klimawandel betroffenen Region. Ein gemeinsames Vorgehen könnte im Hinblick auf den notwendigen Technologie- und Know-how-Transfer sowie die finanzielle Unterstützung durchaus erfolgreich sein und gerade Indien und China könnten einen entscheidenden Beitrag leisten, die fatalen Auswirkungen des Klimawandels in Südasiens in Zukunft abzumildern.

Doch Deutschland und Europa sollten ihre Rolle als gefragter Vermittler von technischer und politischer Expertise zum Thema Klimawandel nicht unterschätzen. Die sehr aktive Rolle beider bei der internationalen Klimadiskussion und im tatsächlichen Kampf gegen die Folgen der klimatischen Veränderungen wird in Bangladesch, Bhutan, den Malediven, Nepal und Sri Lanka sehr positiv wahrgenommen. Für Deutschland und Europa ist das eine Chance, die es zu nutzen gilt.

THAILAND

Canan Atilgan | Sitanon Jesdapipat¹

KLIMAWANDEL IN DER FORSCHUNG

In Thailand begann die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Klimawandel bereits in den neunziger Jahren. Der erste in Auftrag gegebene Bericht wurde vom Thailand Development Research Institute (TDRI) veröffentlicht. Es folgten weitere Studien, von denen der *National Inventory* (1998), *ALGAS* (1998), *US Country Study Report* (1999) und *Thailand's Economics of Climate Change* (2009) große Beachtung fanden. Anfang der neunziger Jahre war die Beteiligung der Universitäten an der Erforschung des Klima-

wandels gering, da die meisten wissenschaftlichen Aufträge direkt an unabhängige Forscher vergeben wurden. Gegen Ende der neunziger Jahre setzte sich zwar die Erkenntnis durch, dass hier großer Bedarf besteht. Allerdings lag der primäre Fokus der Forschungsarbeiten auf Methan-Emissionen im Landwirtschafts-Sektor.

Die öffentliche Aufmerksamkeit erlangte der Klimawandel erst mit weltweiten Kinohits wie „Eine Unbequeme Wahrheit“, der Vergabe des Nobelpreises an Al Gore und den IPCC sowie der Veröffentlichung von *Assessment Reports* durch IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change). Seitdem werden globale Klimaveranstaltungen wie der Klima-Gipfel in Cancún sowie der COP13-Gipfel in Bali öffentlichkeitswirksam diskutiert. Parallel dazu hat sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik diversifiziert.

1 | Associate, Climate Policy Initiative, SEA START Regional Center, Climate Change Policy Advisor, Thailand National Focal Point.

Obwohl der Forschung weiterhin lediglich dürftige Mittel der Regierungsorganisationen, u.a. Thailand's Climate Change National Focal Point, Office of Natural Resources and Environment (ONEP), zur Verfügung stehen, werden die jüngeren Forschungsarbeiten nicht mehr ausschließlich von der Regierung initiiert oder gefördert, sondern orientieren sich immer mehr an der Initiative der Forscher. Thailand Research Fund (TRF) und Thailand Greenhouse Gas Management Office (TGO) gehören als unabhängige Einrichtungen zu den Hauptförderern. Die Ausweitung der Forschung zum Klimawandel hat zugleich die Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und notwendigen politischen Maßnahmen in Thailand verdeutlicht.

ANSÄTZE FÜR EINE KOHÄRENTE KLIMAPOLITIK

Thailand verfügt zwar nicht über eine ausgewiesene Klimapolitik, allerdings hat die Regierung in 2006 ein National Board on Climate Change Policy und Climate Change Coordinating Office unter Leitung des Office of Natural Resources and Environment (ONEP) und der Thailand Greenhouse Gas Management Organization eingerichtet, die eine Strategie zum Klimawandel formuliert hat. Diese umfasst den Aufbau von Kapazitäten für die Klimaveränderungen, die Reduzierung von Treibhausgasen, die Herstellung öffentlichen Interesses sowie die Steigerung der Erforschungs- und Entwicklungsaufgaben. Es gehört zu den Vorhaben der Regierung, diese Strategie in 2012 zu überarbeiten. Dabei will die Regierung ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erarbeiten.

Als positive Entwicklung ist hervorzuheben, dass das National Economic and Social Development Board (NESDB), welches direkt dem Premierminister untersteht und für die Entwicklung der wirtschaftlichen Fünf-Jahres-Pläne zuständig ist, beschlossen hat, dem Thema Klimawandel eine hervorgehobene Bedeutung im aktuellen 11. National Economic and Social Development Plan einzuräumen. Der Plan, der ab 2012 umgesetzt werden soll, sieht u.a. präventive Klimawandelmaßnahmen vor.

Weiterhin positiv zu vermerken ist Thailands sehr engagierte Energie- und Landwirtschaftspolitik. Der 15-jährige Plan zur Energieversorgung sieht als ambitioniertes Ziel vor, bis 2020 20,3 Prozent des Energieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen. Zeitgleich zu dieser Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien soll Thailands zunehmender Energiebedarf mit einer Erweiterung der Atomindustrie gedeckt werden. Bei diesem nicht unkontrovers diskutierten Thema gilt es große technologische, finanzielle und operative Hürden zu meistern. Alternative Energiesicherheit könnte durch die geplante engere Ver-

flechtung des Energieversorgungsnetzes der ASEAN² gewährleistet werden.

Bekanntlich ist die Zivilgesellschaft eine der bedeutendsten Interessensgruppe im Energiesektor, insbesondere bei Umwelt- und Gesundheitsfragen. Die öffentliche Sensibilisierung mit Blick auf den Klimawandel hat den gesellschaftlichen Auswirkungen der Energieproduktion zusätzliches Gewicht gegeben. Im öffentlichen Diskurs werden die Forderung nach Energiesicherheit und die Bekämpfung des Klimawandels unversöhnlich gegenübergestellt. Es ist nicht klar, wie und ob hier ein tragbarer Konsens gefunden werden kann.

Die Herausforderung für die thailändische Politik besteht insbesondere darin, die existierenden Regelungen und Gesetze den Gegebenheiten des Klimawandels und den Erfordernissen der Nachhaltigkeit anzupassen. So muss beispielsweise eine Balance zwischen einer nachhaltigen und umweltschonenden Energiegewinnung und der Notwendigkeit der Sicherung von Energie hergestellt werden. Das Ziel, bis 2020 den Anteil Erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch zu erhöhen, wird sehr kostspielig sein. Daher muss die Regierung positive Anreize setzen, um einen Technologietransfer zu ermöglichen. Weiterhin muss der Gesamtverbrauch gesenkt und für eine transparente und wettbewerbsfähige Preisgestaltung gesorgt werden. Diese notwendigen Maßnahmen lassen sich am besten durch eine progressive Liberalisierung des Energiesektors erreichen.

Die Relevanz des Reisanbaus für die thailändische Wirtschaft, verbunden mit dem Qualitätsanspruch der Verbraucher und einer notwendigen Gesetzesänderung, wird unweigerlich dazu führen, dass Landwirtschaft schrittweise klimafreundlicher werden muss. Diese Notwendigkeit birgt aber auch eine Chance für Thailand. Die ambitionierte Gesetzgebung sowie das positive Engagement des Privatsektors in den vergangenen Jahren lassen vermuten, dass Thailand die kommenden Herausforderungen meistern wird und im regionalen Kontext eine Vorreiterrolle beanspruchen kann.

INTERNATIONALE KOOPERATION

Mit seiner Mitgliedschaft im UNFCCC und der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls verfolgt Thailand eine offene, auf multilaterale Kooperation basierende Politik. Darüber hinaus unterhält Thailand im Rahmen des UNFCCC bilaterale Beziehungen zu den verschiedenen

2 | [Vgl. Memorandum of Understanding on the ASEAN Power Grid.](#)

Mitgliedern der OECD. Diese Mischung aus bi- und multilateralen Vereinbarungen ermöglicht es dem Königreich, auf internationaler Bühne als verlässlicher Partner bei der Bekämpfung des Klimawandels aufzutreten.

Besonders hervorzuheben ist, dass Thailand an neuen klimafreundlicheren Technologien interessiert ist, um vor allem auch seine regionale Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen. Aus diesem Grund wurde das Cancún-Abkommen positiv bewertet und als wichtiger Impuls zu den noch anstehenden Verhandlungen in Durban verstanden.

Das COP17-Treffen in Durban wird als relevant angesehen, zumal das Kyoto-Protokoll dieses Jahr ausläuft und eine Nachfolge-Regelung gefunden werden muss. Während die Grundlage für eine mögliche Einigung bereits in Cancún gelegt wurde, müssen in Durban die Details erarbeitet werden. Wichtige Themen für Thailand sowie für andere Schwellen- und Entwicklungsländer werden Finanzierung, Technologietransfer, und Kapazitätsbildung sein. Die thailändische Regierung hat angekündigt, seinen Vorsitz im ASEAN-Klimakomitee zu nutzen, um auch eine Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit mit Blick auf den Klimawandel zu erreichen.

AUSBLICK

Die thailändische Regierung ist sich bewusst, dass der Klimawandel eine politische Herausforderung darstellt, und bemüht sich um ein gesamtpolitisches Konzept im Umgang mit der Thematik. Dies erfordert

eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierungsorganisation, Zivilgesellschaft und Forschungsinstitutionen. Die daraus erfolgenden Einsichten müssen dann in die Gesetzgebung einfließen.

Darüber hinaus gibt es technologische Engpässe, die es zu überwinden gilt. Insbesondere bei der Erstellung von Klimamodellen oder adäquaten Computersystemen mangelt es Thailand an Kapazitäten und Know-how. In diesen Bereichen wäre eine engere internationale Zusammenarbeit hilfreich und auch erwünscht.

Abschließend muss angemerkt werden, dass, obwohl der Terminus ‚Klimawandel‘ als Ausdruck fast allgegenwärtig ist, der öffentliche Diskurs noch nicht zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt hat. Diese Diskrepanz kann nur durch Aufklärung überwunden werden. Dabei kommt den Medien eine bedeutende Rolle zu, die allerdings primär die globale Dimension der Klimaerwärmung behandelt, die nationale Dimension aber ausblendet.

Erschwerend kommt hinzu, dass Thailand sich seit mehreren Jahren in einer teilweise gewaltsam ausgetragenen innenpolitischen Krise befindet, die kaum Raum für eine breite Debatte über den Klimawandel und dessen Folgen für das Königreich zulässt. Insofern kann von einem Informationsengpass gesprochen werden, der überwunden werden müsste. Nur durch eine breite, fundierte und aufgeklärte Berichterstattung über die nationale Dimension des Klimawandels kann die Öffentlichkeit für dieses Thema dauerhaft sensibilisiert werden.

VIETNAM

Amos R. Helms | Sarah Schulze

Das Thema Klimawandel nimmt für Vietnam einen hohen Stellenwert ein, da es aufgrund seiner geographischen Eigenarten im Besonderen davon betroffen ist. Entlang seines 3.300 km langen und dicht bevölkerten Küstenstreifens windet sich das Südvietnamesische Meer. Die so genannte nördliche Reisschale, in der sich auch die Hauptstadt Hanoi befindet, umfasst eine breite Schwemmlandfläche im Delta des Roten Flusses. Im Süden des Landes erstreckt sich das fruchtbare Delta des Mekong-Flusses. Am nördlichen Rand des Mekongdeltas liegt das industrielle Zentrum Ho-Chi-Minh-Stadt, welches mit acht Millionen Ein-

wohnern die am dichtesten besiedelte Stadt Vietnams darstellt. Ein durch den Klimawandel verursachter Anstieg des Meeresspiegels würde deshalb verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen nach sich ziehen. Nach Angaben des World Wide Fund for Nature (WWF) aus 2009 würde ein Anstieg des Meeresspiegel um einen Meter zehn Prozent des vietnamesischen BIP kosten.

Die vietnamesische Regierung hat die Notwendigkeit einer integrativen Entwicklungs- bzw. Klimapolitik erkannt. Bereits auf dem Weltgipfel zur sozialen Entwicklung in Kopenhagen (1995) hatte die Regierung ihre Entwicklungsstrategie deutlich als „für die